

(A)

(C)

704. Sitzung

Bonn, den 8. November 1996

Beginn: 9.33 Uhr

Präsident Erwin Teufel: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 704. Sitzung des Bundesrates.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich gemäß § 23 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung **Veränderungen in der Mitgliedschaft** bekanntzugeben:

(B) Aus der Regierung des Landes **Niedersachsen** und damit aus dem Bundesrat sind am 15. Oktober 1996 Herr Minister **Walter Hiller** und am 1. November 1996 Herr Minister **Hinrich Swieter** ausgeschieden. Die Landesregierung hat am 22. Oktober 1996 Herrn Minister **Dr. Wolf Weber** zum stellvertretenden Mitglied des Bundesrates bestellt.

Den ausgeschiedenen Mitgliedern danke ich für ihre Mitarbeit in den Ausschüssen des Bundesrates und hier im Plenum. Dem neuen Mitglied wünsche ich mit uns allen hier im Hause eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, ich wende mich nun der **Tagesordnung** zu. Sie liegt Ihnen in vorläufiger Form mit 47 Punkten vor.

Die Punkte 44 und 45 werden nach Tagesordnungspunkt 17 aufgerufen und Punkt 46 nach Tagesordnungspunkt 18. Zu Punkt 43 möchte ich bemerken, daß er einvernehmlich für heute von der Tagesordnung abgesetzt und in der nächsten ordentlichen Sitzung behandelt wird. Im übrigen bleibt es bei der ausgedruckten Reihenfolge der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so **festgestellt**.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Ansprache des Präsidenten

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben mich in der letzten Plenarsitzung turnusgemäß für ein Jahr zum Präsidenten des Bundesrates gewählt. Ich möchte Ihnen für dieses Vertrauen danken.

Danken möchte ich heute aber auch meinem Vorgänger, Herrn Ministerpräsident **Dr. Edmund Stoiber**.

ber. Lieber Herr Kollege **Stoiber**, ich danke Ihnen in unser aller Namen für Ihre gute und dynamische Amtsführung. Der Bundesrat hat in Ihrer Amtszeit ein beachtliches Arbeitspensum bewältigt. Es war nicht nur eine hohe Zahl von Vorlagen, es waren auch in der Sache selbst komplexe und streitige Materien, zu denen Sie ausgleichend und Kompromisse suchend Entscheidungen des Bundesrates herbeigeführt haben. Sie haben die berechtigten Anliegen der Länder wahrgenommen. Mit Ihrer Amtszeit wird vor allem die Entscheidung für den Umzug des Bundesrates von Bonn nach Berlin verbunden bleiben.

Ich danke auch allen Mitgliedern des Präsidiums und des Ständigen Beirates, ich danke dem Direktor des Bundesrates und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit.

(D)

Der Wechsel in der Amtsführung und die Einbindung der Länder in die politische Gesamtverantwortung sind kennzeichnend für den Bundesrat. Ich verstehe das Amt des Bundesratspräsidenten daher als eine **treuhänderische Aufgabe für die Gesamtbeilage der Länder im föderalen Bundesstaat**.

So wie Föderalismus und Subsidiarität wesentlich dazu beigetragen haben, nach 1945 stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, so bieten diese Architekturprinzipien die beste Gewähr dafür, die Probleme der modernen Industriegesellschaften nicht nur im vereinigten Deutschland, sondern auch im sich einigenden Europa zu lösen.

Diese Feststellung haben die Ministerpräsidenten nach der Erreichung der deutschen Einheit in der **Münchener Erklärung von 1990** getroffen. Sie hat nichts von ihrer Richtigkeit verloren.

Föderalismus und Subsidiarität als Architekturprinzipien für das vereinte Deutschland, für die politische Einigung Europas und als Lösungsansätze für die Probleme der modernen Industriegesellschaften – das war und ist die Kernaussage.

Der **bundesstaatliche Föderalismus** hat sich bei der Wiedervereinigung als **handlungsfähig** erwiesen, und die neuen Länder haben rasch eigene Identitäten entwickelt. Das Wiedererstehen der fünf neuen

Amtierender Präsident Dr. Henning Scherf

(A) Damit hat der Bundesrat der **Verordnung** entsprechend **zugestimmt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 39:

Vierundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung – 24. BImSchV) (Drucksache 463/96)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen Ihnen vor: die Ausschlußempfehlungen in Drucksache 463/1/96 sowie ein Antrag Nordrhein-Westfalens in Drucksache 463/2/96.

Wir beginnen mit den Ausschlußempfehlungen:

Ziffer 1! Handzeichen bitte! – Minderheit.

Ziffer 2! – Minderheit.

Ziffer 3! – Minderheit.

Ziffer 4! – Minderheit.

Ziffer 5! – Minderheit.

Ziffer 6! – Minderheit.

Ziffer 7! – Minderheit.

Ziffer 8! – Minderheit.

Ziffer 9! – Minderheit.

Ziffer 10! – Mehrheit.

Ziffer 11! – Mehrheit.

(B) Ziffer 12! – Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der **Verordnung** nach Maßgabe der vorangegangenen Abstimmung **zugestimmt**.

Wir haben noch über die unter Ziffern 14 und 15 sowie in dem Antrag Nordrhein-Westfalens in Drucksache 463/2/96 empfohlenen Entschließungen zu befinden.

Wir beginnen mit dem Antrag Nordrhein-Westfalens. Wer stimmt ihm zu? – Minderheit.

Nun zu den Ausschlußempfehlungen:

Ziffer 14! – Mehrheit.

Ziffer 15! – Mehrheit.

(Prof. Dr. Manfred Dammeyer [Nordrhein-Westfalen]: Herr Präsident, dürfen wir zu unserem Antrag noch einmal eine Abstimmung haben?)

– Also der Antrag in Drucksache 463/2/96 soll noch einmal aufgerufen werden. Wer stimmt diesem Antrag zu? – 32 Stimmen. Damit hat auch die zweite Abstimmung keine Mehrheit ergeben.

Damit hat der Bundesrat eine **Entschließung** gefaßt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 47:

Benennung von Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Union (Bildungsministerrat) – Antrag des Landes Hessen gemäß § 36 Abs. 2 GO BR – (Drucksache 819/96)

Ausschlußberatungen haben noch nicht stattgefunden. Wir sind übereingekommen, heute sofort in der Sache zu entscheiden.

Wer dem Antrag des Landes Hessen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat entsprechend **beschlossen**.

Wir haben die heutige Tagesordnung abgewickelt.

Die **nächste Sitzung** wird eine Sondersitzung sein. Ich berufe sie ein auf Freitag, den 15. November, 9.30 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen. – Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und ein schönes Wochenende.

(Schluß: 14.14 Uhr)

Beschlüsse im vereinfachten Verfahren (§ 35 GO BR)

Vorschlag einer Verordnung (EG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3528/86 über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung

Vorschlag einer Verordnung (EG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2158/92 zum Schutze des Waldes in der Gemeinschaft gegen Brände

(Drucksache 663/96)

Beschluß: Kenntnisnahme

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/118/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über die tierseuchenrechtlichen und gesundheitlichen Bedingungen für den Handel mit Erzeugnissen tierischen Ursprungs in der Gemeinschaft sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Kapitel I der Richtlinie 89/662/EWG und – in bezug auf Krankheitserreger – der Richtlinie 90/425/EWG unterliegen

(Drucksache 710/96)

Beschluß: Kenntnisnahme

Feststellung gemäß § 34 GO BR

Einsprüche gegen den Bericht über die 703. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 GO BR als genehmigt.

(C)

(D)

- Walter Hürche, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 593* A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen – Annahme einer Entschließung 576 C
38. Zweite Verordnung zur **Änderung der Verordnung über genehmigungsbefähigte Anlagen** (Drucksache 576/96) 576 C
- Prof. Dr. Manfred Dammeyer (Nordrhein-Westfalen) 594* A
- Heidrun Heidecke (Sachsen-Anhalt) 595* A
- Walter Hürche, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 596* A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen 577 A
39. Vierundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (**Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung – 24. BImSchV**) (Drucksache 463/96) 577 A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen – Annahme einer Entschließung 577 B, C
40. **Telekommunikations-Universaldienstleistungsverordnung (TUDLV)** (Drucksache 715/96) 542 C
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen 582* A
41. Benennung von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des **Kuratoriums der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“** – gemäß § 7 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ – (Drucksache 719/96) 542 C
- Beschluß:** Zustimmung zu den Empfehlungen in Drucksache 719/1/96 582* D
42. **Entscheidung über Fristverlängerung gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 GG**
- Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Tierschutzgesetzes** – gemäß Artikel 76 Abs. 2 GG – (Drucksache 763/96) 542 C
- Beschluß:** Zustimmung zu dem Vorschlag des Ständigen Beirates in Drucksache 763/1/96 583* A
43. Entwurf eines Gesetzes zur **Kennzeichnung und steuerlichen Förderung von umweltfreundlicheren Kraftstoffen (UmKraftG)** – gemäß Artikel 76 Abs. 1 GG – Antrag des Landes Baden-Württemberg – Geschäftsordnungsantrag des Landes Baden-Württemberg – (Drucksache 651/95)
- Mitteilung:** Absetzung von der Tagesordnung 535 B
44. Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Bundesvertriebenengesetzes** – gemäß Artikel 76 Abs. 1 GG – Antrag des Landes Rheinland-Pfalz gemäß § 36 Abs. 2 GO BR – (Drucksache 808/96) 554 A
- Dr. Rose Götte (Rheinland-Pfalz) 554 A
- Dr. Horst Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern 554 D
- Mitteilung:** Überweisung an die zuständigen Ausschüsse 556 C
45. Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes** – gemäß Artikel 76 Abs. 1 GG – Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gemäß § 36 Abs. 2 GO BR – (Drucksache 811/96) 556 C
- Bärbel Höhn (Nordrhein-Westfalen) 556 C
- Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit 584* D
- Mitteilung:** Überweisung an die zuständigen Ausschüsse 557 C
46. Entschließung des Bundesrates zu **beschäftigungspolitischen Reformen durch die Regierungskonferenz 1996** – Antrag des Saarlandes und der Länder Berlin, Brandenburg, Hessen, Sachsen-Anhalt gemäß § 36 Abs. 2 GO BR – (Drucksache 813/96) 557 D
- Dr. Arno Walter (Saarland) 557 D
- Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (Sachsen) 559 C, 563 A
- Prof. Ursula Männle (Bayern) 561 C
- Prof. Dr. Manfred Dammeyer (Nordrhein-Westfalen) 562 B
- Hans Eichel (Hessen) 564 A
- Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt 564 C